

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bommers,  
sehr geehrte Mitglieder des Rates,  
sehr geehrte Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung,  
sehr geehrte Mitbürger\*innen,

meine Fraktion hat schon viele Haushaltsentwürfe beraten.

Der Rückblick zeigt: Es gab Haushalte, denen wir zugestimmt haben, weil sie vernünftig waren. Und es gab Haushalte, denen wir nicht zustimmen konnten, weil sie auf die Gestaltung der Zukunft verzichteten.

Aus der Vergangenheit lässt sich lernen:

2015 haben viele Menschen Zuflucht in Meerbusch gesucht. Es galt die Obdachlosigkeit zu verhindern. Die Meerbuscherinnen und Meerbuscher zeigten sich hierbei sehr aufgeschlossen, menschenfreundlich und hilfsbereit. Der Verein „Meerbusch hilft“, das soziale Aushängeschild unserer Stadt, wurde u.a. von unserem Ratskollegen Hans-Günter Focken und von Uli Dackweiler gegründet. Seitdem sind die Ehrenamtlichen von „Meerbusch hilft“ regelmäßig die Problemlöser und Anpacker der Stadt.

Schon damals war allen in Politik und Verwaltung bewusst, dass die Aufgaben der Integration Auswirkungen haben werden, insbesondere bei den Themen Schaffung von Wohnraum und bedarfsgerechte Entwicklung unserer Schullandschaft.

Hierfür notwendige Entscheidungen hätten umgehend getroffen und auch umgesetzt werden müssen. Wir wussten es. Alle.

2015 wurden daher seitens der Verwaltung Flächen vorgeschlagen, die für eine Bebauung mit Flüchtlingsunterkünften geeignet waren. Wir wollten alle verhindern, dass wir jemals wieder Flüchtlinge in Turnhallen unterbringen müssen. Wir wollten für die Herausforderungen unserer Zeit gewappnet sein. Mittlerweile wurde auf einigen Flächen sozial geförderter Wohnungsbau realisiert, so wie am

alten Bauhof und auf der Insterburger Straße. Auf die Bebauung des „Dicken Lochs“ in Lank mit Reihenhäusern zur Unterbringung von Flüchtlingen wurde 2017 verzichtet.

Es hat bis zum Jahr 2021 gedauert bis wir die Schulentwicklungsplanung von Lexis und Partner vorgestellt bekommen haben. Auch wenn die Gutachterin betonte, dass die Schülerzahlen vorher nicht entsprechend sauber zu prognostizieren gewesen seien, wurde der dringende Handlungsbedarf offen dargelegt, der Investitionsstau der vergangenen Jahre überdeutlich. Was wurde bisher gebaut? Nichts

Schon damals war also das große Manko sichtbar: Die Probleme wurden zwar erkannt, aber sie wurden nicht behoben.

Anstatt entschlossen und vorausschauend zu handeln, wurden wichtige Investitionen immer mit der Begründung „sicherlich wünschenswert, aber nicht bezahlbar“ verschoben. Oder schlicht nicht realisiert, trotz ausreichend zur Verfügung gestellter Haushaltsmittel.

Ist diese Denke wirklich das Beste für die Meerbuscherinnen und Meerbuscher? Ist diese Denke das Beste für ein gutes Leben in unserer Stadt von morgen?

Wir meinen: „Was Du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen!“ sollte der Fahrplan sein. Denn nur wenn wir heute mutig und entschlossen handeln, werden wir alles für eine gute Zukunft getan haben.

Das schwarz-gelbe Motto: „Wir handeln erst dann, wenn wir auch wirklich sicher sind, dass wir es müssen.“ hat uns nicht nur in einen Investitionsstau der Gegenwart geführt, sondern ist auch unser Insolvenzrisiko von morgen.

Als SPD-Fraktion erleben wir gerade ein Déjà-Vu.

Ein Déjà-Vu, weil wir heute erneut vor der Herausforderung stehen Wohnraum für Schutzsuchende zu schaffen. Diesmal fehlt allerdings ein Konzept und auch die Bürgerbeteiligung ist mangelhaft. Bestes Beispiel, zunächst wurden dreimal 1,7 Mio Euro in den Investivhaushalt zur Errichtung von

Flüchtlingsunterkünften eingestellt. Nun werden wieder 1,7 Mio herausgenommen, um eine Interimslösung am Krähenacker anzumieten. Der Planungsstand für die festen Flüchtlingsunterkünfte noch völlig offen. Ein Konzept, welches nicht nur die Vermeidung von Obdachlosigkeit, sondern auch soziale Aspekte berücksichtigt, wünschenswert, aber noch nicht erstellt. Dabei erreichen uns wöchentlich 25-35 Schutzsuchende.

Und auch der bedarfsgerechte Ausbau unserer Schullandschaft ist erst im Planungsstadium angekommen. Im Bereich Technisches Gebäudemanagement wurden Veränderungen der Haushaltspositionen vorgenommen, mit dem Hinweis „Aktueller Planungsstand, Mietmodell Interimslösungen“ So wird der Ansatz SCHEK Gesamtschule von 2,944 Mio auf 340.000 im Ansatz 2024 reduziert. Diese Veränderungen tragen auch dazu bei, dass wir den Eindruck haben, dass die Absprachen zwischen dem Sozialdezernat und dem Planungsdezernat unzureichend sind.

Und auch heute hören wir den Hinweis, „das geht aber wirklich nicht, auch wenn es wünschenswert wäre.“ Dabei haben wir doch gesehen, was passiert, wenn nicht rechtzeitig gehandelt wird: Die Probleme lösen sich nicht von selber, wegdrücken hilft nicht, es verschlimmert die Situation nur!

Der vom Kämmerer aufgestellte Haushalt wurde durch Sie, Herr Bürgermeister, bestätigt und trägt ihre Unterschrift. Sie tragen die Verantwortung für diesen Haushalt.

Doch was bedeutet Verantwortung?

Es bedeutet, dass man die Verpflichtung hat, dafür zu sorgen, dass alles einen möglichst guten Verlauf nimmt. Dass man das jeweils Notwendige und Richtige tut, damit möglichst kein Schaden entsteht.

Sie als Bürgermeister müssen einen Haushaltsentwurf vorlegen, der das Notwendige und Richtige ermöglicht. Genau diesen Anspruch an Sie als Hauptverwaltungsbeamten und an die

gesamte Verwaltung stellen nicht nur wir als SPD-Fraktion, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Welche Erwartungen haben z.B. junge Familien an eine familienfreundliche Stadt?

Sie brauchen Wohnraum, den sie sich leisten können, der also ausreichend groß ist und mit dem verfügbaren Einkommen finanziert werden kann

Sie brauchen bedarfsgerechte und qualitative Angebote von Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen, Sportplätze und Hallen, eine gute Vereinsinfrastruktur, eine bezahlbare Musikschule.

Sie brauchen Kinderärzte, Hausärzte, die sie aufnehmen können und erreichbar sind.

Sie wünschen sich Freizeitangebote, eine gute Gastronomie, Erholungs- und Freizeitflächen, ein Schwimmbad, schnelles Internet.

Sie wünschen sich gute Verkehrsanbindungen an die Oberzentren und sichere Fahrradwege

Haben wir das zu liefern?

Wie sieht es denn in Meerbusch mit ausreichendem Wohnraum für junge Familien, Senior\*innen oder Berufsanfänger\*innen oder für dringend benötigte Mitarbeitende beispielsweise in sozialen Einrichtungen wie Kitas, OGATA oder Pflegediensten aus? Leider sehr schlecht. Bis 2035 fehlen 3459 Wohneinheiten, insbesondere im Segment des geförderten Wohnraums. Die SPD-Fraktion hat immer wieder darauf hingewiesen, dass dieser Wohnraum dringend benötigt wird, wertvolle Zeit wurde hier verschenkt, weil die Mehrheitsfraktionen und die Verwaltungsspitze sich dieser Aufgabe nicht stellen wollten. Und nun stellt die Verwaltung den von SPD und Grün-alternativ geforderten Hauptausschuss zu diesem Thema als ihren Erfolg dar. Nun ja, immerhin stellen Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, fest, was Fakt ist, es wird Wohnraum gebraucht, und dass dieses Thema in Zukunft einen Schwerpunkt bilden wird, damit das Problem behoben werden kann. Wir werden Sie an dieser Aussage messen.

Und im Bereich Bildung und Soziales? Leider auch hier seit 2015 keine konkreten Umsetzungen. Die Entwicklung der Schüler\*innenzahlen war aufgrund der Entwicklung im Bereich der Kindertagesstätten ablesbar. Aber es wurde solange mit der Zustimmung zur dringend erforderlichen bedarfsgerechten Umgestaltung der Schullandschaft gewartet, bis das System vor dem Kollaps stand. Eine enorme Belastung für die Kinder, deren Eltern und auch für die Lehrkräfte und das Personal im Bereich des offenen Ganztages. Nun müssen alle Grundschulen und die weiterführenden Schulen nahezu zeitgleich saniert und umgebaut werden. Eine absolute Mammutaufgabe auch für die Mitarbeitenden in der Verwaltung. Bisher liegen Planungen und Kostenschätzungen für die Grundschulen und die Maria-Montessori Gesamtschule vor. Die beiden Gymnasien stehen noch aus. Und der Peak der SuS wird bereits 2026 erwartet. Da werden laut Prognose von Frau Dr. Lexis 1301 SuS das SMG, 1076 SuS das Mataré, 958 SuS die Gesamtschule und 628 SuS die Realschule besuchen wollen. Von der beschlossenen notwendigen Umgestaltung von je sechs Zügen bei den Gymnasien und der MMGS und den vier Zügen der Realschule wird zu diesem Zeitpunkt noch kein einziger zusätzlicher Zug fertiggestellt sein. Bestenfalls Interimslösungen.

Im März 2022 wurde seitens des Rats beschlossen; dass die Brüder-Grimm-Schule ihren Standort verlassen und in das neu zu errichtende Grundschulgebäude auf dem Areal Böhler II einziehen wird und dass die Fertigstellung des Schulneubaus und einer 2-fach-Sporthalle zu Beginn des Schuljahres 2025/2026 geplant wird. Zwischenzeitlich liegt zwar ein Wettbewerbsergebnis vor, aber noch nicht einmal Baurecht. Zum Schuljahr 25/26 wird dieser Umzug wohl kaum erfolgen können.

Für die Bereiche Gesundheit und Sicherheit ist ein familienfreundliches Mobilitätskonzept wichtig. Gerade wurde ein umfassendes Mobilitätskonzept beschlossen, welches nicht nur aus Sicht der Nachhaltigkeit von entscheidender Bedeutung ist, sondern eben auch im Hinblick auf die Verkehrssicherheit dringend erforderlich ist. Sichere Rad- und Fußwege oder auch der Ausbau des ÖPNVs können dazu beitragen, die Sicherheit insbesondere von Familien und Senior\*innen zu verbessern.

Erforderlich wäre ein Betrag von 800.000 Euro im Jahr, um die Sanierung und den Ausbau der Fahrradwege entsprechend des soeben beschlossenen Mobilitätskonzeptes umzusetzen. Lediglich 200.000 Euro stehen in diesem Jahr zu Verfügung. Das soeben beschlossene Konzept wird nicht ernst genommen und mal wieder nicht umgesetzt. Problem erkannt, aber nicht gebannt.

Und im Bereich Freizeit und Kultur? Die wichtige Aufgabe den Bedarf an Sportflächen zu ermitteln wurde an den Stadtsportverband delegiert. Dies hat sicherlich den Vorteil, dass die handelnden Personen guten Kontakt zu den Akteuren im Sportbereich haben. Aber grundsätzlich wäre dies eine Aufgabe der Verwaltung gewesen, die sie dem Ehrenamt zugewiesen hat. Die Verwaltung prüft gerade einige Fragen bezüglich der Effizienz der städtischen Musikschule. Dieser Vorgang ist noch nicht abgeschlossen, wie in der Informationsvorlage zu dem Kulturausschuss im Mai dieses Jahres betont wird. Dennoch hat die Verwaltung dort bereits angekündigt, dass die Gebühren für die Musikschule ab dem kommenden Musikschuljahr um 20% erhöht werden sollen. Ob die Preise dann noch familienfreundlich sind, kann zumindest angezweifelt werden.

Kann eine junge Familie mit diesen Ergebnissen zufrieden sein? Sicherlich nicht. Es fehlt weiterhin an bezahlbarem Wohnraum, an Kita- und OGATA-Plätzen, der Umbau an allen Schulen wird zu Belastungen führen, ggf. werden nicht alle Wünsche bei der Wahl der weiterführenden Schule berücksichtigt werden können, der Ausbau von sicheren Rad- und Fußwegen wird zu langsam umgesetzt, die Wartezeiten bei den Sportvereinen sind je nach Sport enorm lang, Hallenzeiten fehlen, die Kosten für die Musikschule steigen perspektivisch. Da ist sicherlich noch viel Luft nach oben.

Als Fraktionsvorsitzende habe ich zudem den Eindruck, dass die Verwaltungsspitze Verantwortung auf die Politik delegieren möchte. Dies ist auch in der Haushaltsrede des Bürgermeisters erkennbar gewesen. "Eine komplizierte Rede in komplizierten Zeiten." So formulierte Luisa Neubauer es in ihrer

preisgekrönten eindrucksvollen Rede auf dem Bundesparteitag der Grünen.

Sie, sehr geehrter Bürgermeister, hätten auch die Chance gehabt eine Haushaltsrede zu halten, mit der Sie angemessen auf die Lage und die Realität eingehen konnten. Doch wofür haben Sie sich entschieden? Sie haben einen Appell an alle Fraktionen gerichtet sich im Verzicht zu üben und die Verantwortung für die Haushaltssituation in der weltpolitischen Lage, der allgemeinen von den Kommunen beklagten Situation gesucht.

Die Herausforderungen unserer Zeit sind bekannt: die Einnahmen reichen nicht, um die Kosten zu decken, es gibt zu wenig Unterstützung von Bund und Land in nahezu allen Bereichen, es fehlt Fachpersonal für die Vielzahl der zu betätigenden Aufgaben insbesondere im Kita Bereich.

Verantwortung heißt auch ANTWORTEN geben auf diese dringenden Fragen. Und wie lauten die Antworten unserer Verwaltungsspitze: Liebe Fraktionen übt euch in Verzicht und wir warten ab, ob Bund und Land endlich das Konnexitätsprinzip ernst nehmen.

Deshalb möchten wir Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, darauf einschwören, dass Sie mehr Mut und Entscheidungsfreudigkeit zeigen. Stellen Sie die berechtigten Wünsche unserer Bürger\*innen in den Fokus. Denn wenn wir ihrem Wunsch folgen und keinen weiteren Spielraum für wichtige Zukunftsthemen neben der bedarfsgerechten Gestaltung unserer Schullandschaft schaffen, dann tappen wir wieder in die Falle, dass die erforderlichen Investitionen immer teurer werden.

Und wir alle kennen diese Zukunftsthemen, es liegen sogar schon haufenweise Strategiekonzepte vor: Beispielhaft seien hier genannt: Das Mobilitätskonzept, das IHKO, das Rhein-Takt Konzept, das Strategiekonzept Wohnen, die kommunale Nachhaltigkeitsstrategie und die Digitalstrategie. Es gilt diese nun anzugehen und die beschlossenen Konzepte umzusetzen. Und zwar so, wie die

Konzepte es vorsehen. Denn nur dann ergibt die Beauftragung von Konzepten Sinn.

In meiner Haushaltsrede 2015 sagte ich:

"Die Verpflichtung sich selbst zu hinterfragen und Ziele für die Zukunft unserer Stadt zu definieren hat im Übrigen nicht nur der Rat zu leisten. Vielmehr muss auch die Verwaltung eine fundierte Bedarfsanalyse und Aufgabendefinition leisten."

Was ich damit meinte: Wir müssen gemeinsam eine vorausschauende Perspektive einnehmen. Nur zusammen kann es uns gelingen, die Mangelverwaltung von heute in Zukunft abzustellen. Hierfür braucht es wichtige Investitionen. Auch um Innovation und Fortschritt zuzulassen. Wir wollen doch alle ein gutes Morgen auf den Weg bringen.

Ich denke, ich habe dargestellt, dass diese Bedarfsanalyse und Aufgabenkritik seitens der Verwaltung nicht geleistet wurden. Nein, vielmehr wurde in den vergangenen Jahren seitens der Verwaltungsspitze und seitens der Mehrheitsfraktion Verzicht geübt. Der Verzicht zukunftsorientierte Entscheidungen zeitnah zu treffen und umzusetzen.

Auch unter den zugegeben schwierigen finanziellen Bedingungen liegt kein guter Haushalt vor, der den Weg in die richtige Richtung weist, deshalb können wir diesem Haushalt auch nicht zustimmen.

Dennoch möchte ich mich für die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Verwaltung bedanken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Übergang in ein glückliches und gesundes 2024.